

FUTURJETZT

Den Finger auf die Wunde: Politik und Kirche in der Kritik

Friedhelm Hengsbach, befragt zum aktuellen Armutsbericht der Bundesregierung

Von Armut betroffen sind mittlerweile 15,5 % der Bevölkerung. Am Ostersonntag „Im Gespräch“ auf Deutschlandradio Kultur unter der Moderation von Gisela Steinhilber stand der katholische Sozialethiker und Jesuit Friedhelm Hengsbach, Jahrgang 1937, dazu Rede und Antwort. Dabei legt er den Finger auf die Wunde, was bekanntermaßen schmerzt. Beharrlich prangert er die Schiefelage an: „Deutschland verfügt über einen zuvor nie dagewesenen Reichtum - daran beteiligt Steuervergünstigungen und unverhältnismäßige Lohnerhöhung für das obere Zehntel der Bevölkerung, das indessen über 60 % des Gesamtvermögens besitzt, während das untere Viertel nichts oder nur wenig vom wachsenden Wohlstand abbekommt“. Verantwortlich hierfür macht er die Politik der letzten 15 Jahre: Agenda 2010, eine Wirtschaft, die krank macht und die Umwelt zerstört, eine zum vorrangigen Staatsziel erklärte Wettbewerbsfähigkeit sowie die entwürdigende Hartz-4-Regelung, die Menschen nicht nur vom soziokulturellen Leben ausgrenzt, sondern in beschämender Weise behandelt. Nicht umsonst klagten so viele vor Gericht und bekämen Recht. Hengsbachs alarmierende Prognose: „Es ist eine Wirtschaft, die Menschen ausschließt, sodass sie Müll und Abfall werden. Also völlig bedeutungslos, man braucht sie gar nicht. Eine Wirtschaft, die soziale Ungleichheit herstellt, die dann schließlich in Gewalt mündet.“ Stattdessen plädiert er für den gezähmten rheinischen Kapitalismus, wie hierzulande nach 1945 mit der „Sozialen Marktwirtschaft“ etabliert, sowie für Stärkung von Gewerkschaften, kirchlichen Verbänden und Bewegungen wie Attac, Greenpeace oder Occupy. Auf die Frage nach der Rolle der Kirchen lastet er den Führungseliten insgesamt, ob Kirche oder Politik, an, „keine Ahnung zu haben, wie den Armen zumute ist, wie hart Millionen Bundesbürger um ihre Würde kämpfen.“ Die letzte „Sternstunde“ sei 1997 gewesen, wo Kirchengemeinden gemeinsam mit anderen Gruppen ein *ökumenisches Sozialwort*, sprich „eine kritische Anfrage an Arbeitsverhältnisse, den Sozialstaat, die ökologische und geschlechtliche Orientierung von Männern und Frauen formuliert haben“. Dies wurde seitens Vertretern der Kirchenleitung offenbar als „Betriebsunfall“ angesehen mit der Folge „sehr starker Anpassung an den Mehrheitsstrom“. Eine Erkenntnis, die zwar gleichwohl schmerzt, aber, und das ist „die gute Nachricht“ – auch wach rüttelt und uns auffordert, jetzt erneut den Handlungsspielraum, der Christen im wohlhabenden Deutschland, ob evangelisch oder katholisch, zur Verfügung steht, zu nutzen und umso mehr für Werte wie soziale Gerechtigkeit – in Wort und Tat – auch einzustehen!

Dr. Erna R. Fanger
www.schreibfertig.com